

**Der Fremde, der sich bei euch aufhält,
soll euch wie ein Einheimischer gelten,
und du sollst ihn lieben wie dich selbst.**

3. Mose 19, 34 (Einheitsübersetzung)

Resolution der Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Die Synode der EKHN ist entsetzt über das massenhafte Sterben im Mittelmeer und ruft erneut zum Umdenken und zur Umkehr in der europäischen Flüchtlingspolitik auf. Angesichts der gegenwärtigen Krisen im Nahen und Mittleren Osten und am Horn von Afrika muss Europa, muss Deutschland, müssen wir alle mehr Verantwortung übernehmen und konzentriert Flüchtlinge aufnehmen.

1. Europäische Seenotrettung

Die Rettung von Bootsflüchtlingen ist eine gesamteuropäische Aufgabe. 1.750 tote Flüchtlinge seit Jahresbeginn, 5.500 Tote seit dem Unglück von Lampedusa im Oktober 2013 sind unerträglich und eine Schande für Europa. Wir fordern umgehend eine umfassende zivile Seenotrettung in europäischer Verantwortung von der Ägäis bis zur Meeresenge von Gibraltar.

2. Legale Wege nach Europa

Die Abschottung der europäischen Außengrenzen führt zu immer mehr Toten und befördert das Schlepperwesen. Angesichts der katastrophalen Zustände besonders in Libyen sollen die dort gestrandeten Flüchtlinge schnell evakuiert werden, bevor sie in marode Boote steigen und sich in Lebensgefahr begeben müssen. Wir fordern legale und gefahrenfreie Wege für Flüchtlinge nach Europa. Die bestehenden humanitären Aufnahmeprogramme und das Resettlementprogramm müssen großzügiger genutzt werden. Beispielsweise sollte Deutschland, wo die meisten Syrer in Europa leben, die Einreise ihrer Familienangehörigen weiterhin ermöglichen.

3. Solidarische Flüchtlingspolitik

Die Lebenschancen der Flüchtlinge in Europa sind sehr stark von den unterschiedlichen Bedingungen in den 28 Mitgliedsstaaten der EU abhängig. Wir fordern eine einheitliche, humane Flüchtlingspolitik in Europa mit verbindlichen Mindeststandards für die Aufnahme und Unterstützung der Flüchtlinge. Bei der Verteilung innerhalb Europas sollen deren Interessen ausschlaggebend sein, um sprachliche, familiäre und kulturelle Anknüpfungsmöglichkeiten der Flüchtlinge zu berücksichtigen und so ihre Integration zu erleichtern. Dublin-Überstellungen in EU-Staaten, in denen Schutzsuchenden Menschenrechtsverletzungen drohen, dürfen nicht mehr stattfinden. Menschen, die in einem EU-Staat als Flüchtling anerkannt sind, sollen sich in Europa frei bewegen können.

Diese Resolution soll geschickt werden an:

- Hessische und rheinland-pfälzische Landesregierungen und jeweilige Landtagsfraktionen
- Bundesregierung und die Fraktionen des Bundestages
- Innenminister des Bundes
- Landtags-, Bundestags- und EU-Abgeordnete im Kirchengebiet der EKHN

Nachrichtlich an:

- GEKE
- KEK
- EKD
- EKKW
- Diözesanversammlungen Mainz und Limburg